

Politische Themen frühzeitig debattieren: Partizipation als Erfolgsfaktor

Sergio Bellucci

In einem direktdemokratischen politischen System wie demjenigen der Schweiz hat die Debatte innerhalb der Bevölkerung eine grosse Bedeutung. Denn die Schweizer Bevölkerung wird regelmässig gebeten, zu politischen Themen an der Urne Stellung zu nehmen; sei dies im Rahmen einer Volksinitiative (Konsultation zu einem Vorschlag der Stimmberechtigten) oder eines reines Referendums (Konsultation zu einem Gesetzesprojekt des Parlaments).

Die direkte Demokratie – und insbesondere das Referendum – schwebt aber wie ein Damoklesschwert über dem gesamten Prozess der Entscheidungsfindung. Nicht nur die politischen Parteien, sondern auch Kantone oder Interessensgruppen können eine Initiative oder ein Referendum lancieren. Das ganze politische System hat sich so entwickelt, um möglichst viele Interessen zu integrieren. Deshalb bezeichnen Politologen die direkte Demokratie in der Schweiz als Konkordanz-Demokratie.

Ein wichtiges politisches Instrument in der Schweizer Konkordanz-Demokratie ist das Verfahren der „Vernehmlassung“. Dieses hat zum Ziel, verschiedene Meinungen sowie Fachwissen einzubringen, damit die Erfolgchancen eines Gesetzgebungsprojekts verbessert werden können. Wegen der Möglichkeit, dass ein Referendum zustande kommt, ist es in der Schweiz wichtig, alle relevanten Interessensgruppen rechtzeitig zu konsultieren. Der Entwurf eines neuen Gesetzes kann in der Vernehmlassung auf Akzeptanz geprüft werden. Man erhofft sich damit „referendumssichere“ Gesetzesvorlagen vorbringen zu können. Dies ist im Sinne der Schweizer Regierung, welche die Verzögerung – oder sogar die Ablehnung – bei der Gesetzgebung, die mit einer Volksabstimmung verbunden wäre, wenn möglich vermeiden will. Die Resultate der Vernehmlassung fliessen in einen Bericht, die sogenannte „Botschaft“ des Bundesrates an das Parlament ein, bevor dieses das neue Gesetz berät.

Damit dieses Vernehmlassungsverfahren nicht nur auf politische Parteien und wichtige Interessensgruppen beschränkt ist, führt TA-SWISS seit mehr als zehn Jahren sogenannte partizipative TA-Verfahren durch. Sie werden PubliForum, publifocus und PubliTalk genannt. Wichtigste Zielsetzung dieser partizipativen Methoden ist es, interessierte Bürgerinnen und Bürger möglichst früh mit den Entwicklungen neuer Technologien zu konfrontieren, die später mit grosser Wahrscheinlichkeit einen politischen Handlungsbedarf (Schaffung neuer Gesetze) auslösen werden. Die Ergebnisse und die Empfehlungen, welche aus den Debatten der Bürgerinnen und Bürger resultieren, werden nach Möglichkeit in die Botschaft des Bundesrates zu einem neuen Gesetzes integriert. Sie können aber auch zu einem anderen Zeitpunkt in die politische Debatte eingebracht werden, zum Beispiel schon vor der Vernehmlassung bei der Erarbeitung eines Gesetzes. Durch die partizipativen Verfahren erfährt die Politik in einem frühen Stadium, wie die Schweizer Bevölkerung eine neue Technologie beurteilt. Es geht dabei nicht darum, wie bei einer Abstimmung oder einer Umfrage zu erfahren, ob die Bevölkerung bei einem bestimmten Thema „dafür“ oder „dagegen“ ist. Das Ziel ist vielmehr herauszufinden, welche Aspekte Probleme bereiten, welche Argumente formuliert werden und welche Erwartungen die Bevölkerung gegenüber den verschiedenen involvierten Akteuren hat.

Im Vortrag werden Beispiele mit Resultaten, Erfahrungen, sowie Wirkungen verschiedener in der Schweiz durchgeführter partizipativer Verfahren präsentiert und ein Ausblick zu dieser TA-Methode diskutiert.